

Der UNO-Migrationspakt

Lieferdienste durch Diktaturen

Von Regula Stämpfli

«Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt», wusste schon Ludwig Wittgenstein – dabei hatte er in seinem Leben noch nie vom UNO-Migrationspakt gehört. Und doch wäre das Dokument ideal, um von Linguisten so richtig auseinandergenommen zu werden. Sprache macht immer Politik. Und zwar in einem Ausmass, das uns viel zu wenig bewusst ist. Die Art, wie etwas geschrieben ist und ausgedrückt wird, wirkt direkt aufs Gehirn. Nur Bilder formen noch stärker Zusammenhänge. Ist indessen die Sprache wie ein Einheitsbild zusammengesetzt, gibt es aus dieser einen, einzigen Deutung kaum mehr ein Entrinnen. Der UNO-Migrationspakt ist voller Sprachgefängnisse. Diese sind so klug gesichert, dass sie nicht einmal von denen geöffnet werden können, die normalerweise jede Sprache durchleuchten, dekonstruieren und anders gestalten wollen: die Linken. Denn sie alle sind in die Fallen des UNO-Migrationspakts hineingetaut. Dass die Rechten gegen den Pakt anschreien, ist verständlich, aber sehr unterkomplex. Dass die Linken den linguistisch perfiden Pakt und die daraus folgende üble Politik mit einem «Halleluja» begrüssen, macht fassungslos. Denn es ist die Sprache der Geldherren, die sich in diesem internationalen Dokument manifestiert. Es ist übelster, einheitlicher Managerslang, eine kapitalistische Einheits-sprache für einen einzigen Zweck formuliert; nämlich die ungehinderte Verschiebung von Menschen als Ware.

Mit Schwabbelsätzen soll die globale Marktherrschaft durchgesetzt werden.

Allein der Begriff Migration ist zynischer Klebstoff für undemokratische Zustände auf der Welt. Nochmals: Sprache wirkt sich direkt auf unser Gehirn aus und verfestigt dort Zusammenhänge. Neudeutsch nennt man Ideen, die ständig wiederholt und immer auf dieselbe Art und Weise ausgedrückt werden, «Frames». Es sind die Rahmen, die alles auf dasselbe Recht, dieselbe Interpretation und Zusammenhänge zuschneiden wollen.

Der UNO-Migrationspakt ist ein Paradebeispiel für einen Sprach-Einheitsbrei des unspezifisch, gendernneutralen (als ob Menschen Waren wären), gouvornantenhaften Duktus.



Sprache macht immer Politik. Migranten werden nach ihrer Ankunft auf der griechischen Insel Lesbos mit Thermodecken versorgt. Foto Keystone

Dieselben schwammigen Begriffe versammelten sich auch schon im transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP. Darin sollte damals ein «Pakt für den sicheren, geordneten und regulären Handel» geschmiedet werden. Die Floskeln, die in der Presse zu TTIP herumgereicht wurden, hatten teilweise den identischen Wortlaut wie der jetzt verabschiedete UNO-Migrationspakt.

Wischverhältnis Demokratie

Auch in den Jahresberichten der Weltbank finden sich dieselben antidemokratischen Standardphrasen. Statt Hunger, Diktaturen, Krieg und Armut zu bekämpfen, setzen sich die Weltbank und ihre Mitstreiter für die «Lebensmittelsicherung» ein. Sie konzentrieren ihre «Efforts» auf «Governance» – auch so ein Seifenbegriff der übelsten Art, der wenig mit Demokratie, dafür alles mit Anpassung und

Legitimation herrschaftlicher Ist-Zustände zu tun hat.

In den wichtigsten Politikfeldern der Gegenwart hat somit ein globales «Sprechen nach Buchstaben» und ein veritables Banksprech Einzug gehalten. Es gibt keine Sprache mehr, die zum Handeln ermutigt, sondern nur noch eine Aneinanderreihung unkonkreter Begriffe, die alles und nichts sagen, aber in jedem Fall Herrschaftsverhältnisse etablieren, legitimieren und festigen. Die kapitalistische Welt als Tasten- und Wischverhältnis soll um keinen Preis mit Verben, politischer Partizipation, Gleichheit und Freiheit belastet werden. Im UNO-Migrationspakt stehen nicht Demokratie, die Gleichstellung von Mann und Frau, Bildung für alle, Religions- und Meinungsfreiheit im Mittelpunkt – so, wie es in Demokratien sein sollte. Nein. Mit Schwabbelsätzen soll die globale Marktherrschaft, die auf «flexible» Arbeits-

migration, Hungerlöhne und asoziale demografische Verschiebungen dringend angewiesen ist, international durchgesetzt werden.

Menschen, die vor Hunger, Krieg und Hoffnungslosigkeit flüchten, werden als «arme Flüchtlinge» in einer Kategorie entsorgt, in der anderen finden sich dann nur «happy Migranten». Die gegenwärtigen globalen Menschenverschiebungen werden als eine Art «laufendes Multikulti-Happening» zelebriert. «Win-win» sei die Migration, und die Medien sollen dazu gefälligst laut klatschen oder auf jede öffentliche Unterstützung verzichten. Diktaturen, islamofaschistische Regimes, Autokratien, Clanwirtschaften, die Mafia und der neue Geldfeudalismus, die Menschen regelrecht aus ihren Geburtsorten herausbomben, werden im Migrationspakt selbstverständlich nicht erwähnt. Denn laut UNO erfolge Migration ja meist aus der «Suche nach einem besseren Leben». Dass die weltweite Migration direkt mit der globalen Lohnversklavung der Menschen zusammenhängt, liest man natürlich nicht im Willkommens-Migrationspakt.

Monothematische Sprachfliesen

Glücklicherweise ist in der Schweiz der UNO-Migrationspakt noch nicht beschlossen, und das ist auch gut so. Doch als wäre der neoliberalen Unterdrückungspropaganda nicht genug, publiziert in diesen Tagen nun auch die Eidgenössische Kommission für Migration (EKM) Markenrechte für Menschen statt Bürgerrechte für Demokraten. Um was geht es? Titel: «Bürgerschaft und Demokratie in Zeiten transnationaler Migration». Allein ein solcher Titel lässt jedes neoliberale Herz erregt pochen.

Erster Vorschlag des Papiers: «Es wäre angebracht, zu diskutieren, wie lange die Schweizer Staatsangehörigkeit von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern an nachfolgende Generationen weitergegeben werden kann.» Ist das Stimm- und Wahlrecht der Auslandschweizer einmal weg, soll – zweiter Vorschlag des Papiers – allen Menschen, die in der Schweiz wohnen und arbeiten, möglichst schnell und einfach das Stimm- und Wahlrecht gegeben werden. «Die Anerkennung der Doppelbürgerschaft als transnationale Form demokratischer Selbst- und Mitbestimmung könnte vor diesem Hintergrund so verstanden werden, dass sich die Schweiz der Verantwortung gegenüber den Rechten und Interessen anderer Nationen nicht länger verweigert und gleich-

zeitig eine demokratiefreundlichere Alternative zur supranationalen Strategie der transnationalen Interdependenzbewältigung aufzeigt.» Seit wann steht das Schweizer Stimm- und Wahlrecht zur Disposition von «supranationaler» Verpflichtung und «transnationaler Interdependenz»? Letztlich geht es den Studienleitern im Auftrag der EKM um die Auflösung der Demokratie, siehe den dritten Vorschlag: «Doppelbürgerinnen und Doppelbürger verkörpern eine Vorstellung globaler Ordnung, in der die Nationalstaaten ihren zentralen Platz behalten, aber ihre Exklusivität verlieren.» Überall auf der Welt verlegen die Mächtigen also mittels Globalisierung monothematische Sprachfliesen, deren einziger Zweck darin besteht, Freiheit und Demokratie zugunsten einer neoliberalen Waren-Identität abzuschaffen.

Nur Reiche sind happy Migranten. Deshalb nennt man sie nicht so, sondern «Expats».

Wer die Migration als Segen definiert, entledigt die Diktatoren und Folterherrscher dieser Welt ihrer Verpflichtung, abzutreten. Migration und Mehrfachpässe sind in erster Linie Ausdruck von globaler Ungleichheit, von der Kluft zwischen Arm und Reich. Nur Reiche sind happy Migranten. Deshalb nennt man sie nicht so, sondern «Expats». Migration gibt es, weil Millionen Menschen durch unfaire Freihandelsverträge ihrer Heimat beraubt werden. Weil ihnen autoritäre Systeme die Freiheit auf eine eigene Meinung, eine eigene Religion und auf gleiche Partizipation wegnehmen. Was im Migrationspakt und in der Studie der EKM als Fortschritt verkauft wird, ist eine undemokratische Gehirnwäsche mittels Sprache. Sprache ist nie unschuldig. Ihr wohnt die Kraft inne, Wirklichkeit zu schaffen. Was gestern erst Begriffe waren, ist heute oft schon Realität. Dass eine einzige Weltsprache immer «bad News» sind, davon erzählt übrigens schon die Bibel. Im Turmbau zu Babel strafft der Herr die Menschen für deren Hybris, einen Turm hoch in den Himmel zu bauen. Welche Sprache denkt sich der Allmächtige aus? Korrekt: Die Einheitsprache wird beendet.

Regula Stämpfli ist Politologin. Ihr neuestes Buch heisst «Trumpism: Ein Phänomen verändert die Welt» und beschäftigt sich mit der politischen Kommunikation unserer Zeit. Münster-Verlag, Oktober 2018.

Perspektivenwechsel – Bundesrat lässt sich von Lernenden ablichten



«Nehmt ein Smartphone.» Der Bundespräsident Ueli Maurer hat das offizielle Bundesratsfoto für das neue Jahr von Mediamatik-Lernenden des Bundesamts für Informatik und Telekommunikation machen lassen. Einzige Bedingung: «Nehmt dafür ein Smartphone», forderte er die Jugendlichen auf. Und damit nicht nur eine Seite beleuchtet wurde, sondern sämtliche Perspektiven festgehalten werden konnten, schoss auch Maurer mit seinem Smartphone ein Bild von den jugendlichen Fotografen. Wer hat auf diesem Foto also wen im Auge und wer macht sich ein Bild von wem? Eine durchaus interessante Frage, die hier recht spielerisch umgesetzt wurde. Spürt das Volk, vermutlich dargestellt durch die Hinterköpfe im Vordergrund, was der Bundesrat vorhat, was er will, wohin er will – speziell in der Europafrage? Und spürt umgekehrt der Bundesrat überhaupt noch das Volk? Treibt man den Gedanken dieser Bildbetrachtung weiter, warum sind dann die Menschen im Bildvordergrund derart anonym, eine fast einheitlich dunkle Masse, während die Magistratinnen und Magistraten so völlig befreit lachen? Tut sich da ein Graben auf? Der Abstand zwischen den beiden Gruppen auf dem Foto ist jedenfalls recht markant. Das ist irritierend, je länger man hinschaut. kt/mw Foto Keystone